

«Das Volk wählt nicht das Parteibüchlein»

Baselbiet | Warum die Sissacherin Maya Graf in den Ständerat will

Am kommenden Dienstag wird die Baselbieter Nationalrätin Maya Graf aller Voraussicht nach von den Grünen für die Ständerats-Kandidatur nominiert. Warum so früh? Die Sissacherin im Interview über die Gründe.

David Thommen

■ **«Volksstimme»:** Maya Graf, SP-Ständerat Claude Janiak hat noch nicht bekannt gegeben, ob er am 20. Oktober nochmals kandidieren will. Warum lassen Sie sich jetzt bereits nominieren?
Maya Graf: Zuerst einmal freue ich mich sehr, dass die Partei mich nominieren will. Es passiert aber ausdrücklich unter dem Vorbehalt, dass Claude Janiak nicht wieder antritt, wovon man allgemein ausgeht. Ich habe immer gesagt, dass ich nicht gegen ihn antreten werde. Ich schätze seine Arbeit ausserordentlich, die er für das Baselbiet geleistet hat. Er hat viel erreicht.

■ **Also eine Kandidatur unter Vorbehalt?**
Ja, aber ich denke, die Frage wird sich letztlich gar nicht stellen...

■ **...da Ihnen Claude Janiak seinen Verzicht also bereits vertraulich mitgeteilt hat.**
Claude Janiak ist eine vertrauenswürdige und zurückhaltende Person. Wie gesagt, wir gehen davon aus, dass es so ist. Wir möchten nun nicht länger zuwarten, zumal mein Interesse ja schon lange bekannt ist. Das Wahljahr hat begonnen, auch in anderen Kantonen wurde schon nominiert. Die Grünen wollen die Ersten sein, die offiziell ins Rennen steigen. Und ich bin überzeugt, dass ich als Ständeratskandidatin die für dieses Amt alle Voraussetzungen mitbringe.

■ **Die Sozialdemokraten müssen ziemlich «hässig» sein auf Sie. Schon bei der Regierungswahl steht ihnen ein Sissacher Grüner vor der Sonne...**
Die Grünen sind eine eigene wichtige Partei in diesem Kanton. Unsere Kandidatur hat nichts mit einem Für oder Gegen die SP zu tun. Ich habe zuletzt Seite an Seite mit der SP BL für die Fusion der Kantonsspitäler gekämpft, und ich unterstütze Kathrin Schweizer in ihrer Kandidatur für den Regierungsrat. Meine Kandidatur richtet sich nicht gegen jemanden, sie steht für sich selber. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern haben die Wahl. Die Menschen im Baselbiet kennen mich und meine Politik bereits seit zwei Jahrzehnten gut, sie wissen, wofür ich stehe. Am Schluss geht es darum, dass die beste Kandidatin oder der beste Kandidat das Baselbiet vertreten darf.

■ **Sie vertreten eine kleine Partei. Braucht das grundbürgerliche Baselbiet als einzige Vertretung im Ständerat tatsächlich eine Grüne?**
Gesucht ist eine Persönlichkeit, die gut vernetzt ist, unseren vielseitigen Kanton und die ganze Region sehr gut kennt, jemanden, der die Nachhaltigkeit selber schon lebt und für eine moderne Gesellschaft und Wirtschaft eintritt, die auf nachhaltige Entwicklung setzt. Wir haben viele solche Unternehmen – schauen Sie beispielsweise die ganze Cleantechbranche, unsere Energieversorger an oder auch die Kantonalbank. Die meisten wissen, dass nachhaltige Investitionen uns helfen, die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen und die Lebensgrundlagen zu schützen. Das Parteibüchlein steht bei einer Ständerätin ohnehin nie im Vordergrund. Es zählen Dinge wie Erfahrung und Netzwerk. Ich kenne den ganzen Politikbetrieb in Bern so gut wie sonst kaum jemand. Ich war Fraktionspräsidentin, Nationalratspräsidentin, war in vielen verschiedenen Kommissionen tätig, habe persönlichen Zugang zum Bundesrat und weiss, wie die Departemente funktionieren. Ich darf behaupten, dass ich weiss, wie man in Bern etwas fürs Baselbiet herausholen kann.



«Meine Kandidatur hat nichts mit einem Für oder Gegen die SP zu tun»: Die bald 57-jährige Maya Graf unterwegs in der Sissacher Begegnungszone. Bild David Thommen

■ **Ständerätin Maya Graf würde ihr grünes Parteibüchlein also auf die Seite legen?**
Das Parteibuch zeigt an, für welche Grundwerte ich stehe – von denen werde ich bestimmt nicht abweichen. Aber wer mich kennt, der weiss, dass ich konstruktiv bin. Die Baselbieter Bevölkerung wählt nicht nach Parteibüchlein, sie wird die geeignete Persönlichkeit wählen.

■ **Auf der Nationalratsliste werden Sie dennoch zu finden sein?**
Das ist richtig. Selbstverständlich würde ich meine Arbeit im Nationalrat mit der gleichen Begeisterung weiterführen, falls ich es nicht in den Ständerat schaffen sollte.

■ **Sie sind bald seit 18 Jahren im Nationalrat. Früher waren bei den Grünen so lange Amtszeiten verpönt.**
Es ist der ausdrückliche Wunsch der Partei, dass ich weitermache und für den Ständerat kandidiere. Dass ich 18 Jahre in Bern Politik mache, hätte ich nie gedacht. Doch meine Arbeit mache ich jeden Tag gern und alle können von meinen Erfahrungen und den Fachkenntnissen profitieren. Klar ist auch, dass eine weitere Legislatur im Nationalrat gleichzeitig die letzte wäre.

■ **Bekannt ist, dass Daniela Schneeberger für die FDP für den Ständerat kandidieren will. Bei einem Rücktritt von Claude Janiak ist zudem mit Eric Nussbaumer von der SP zu rechnen. Wen fürchten Sie als Gegner mehr?**
Vielleicht gibt es auch noch weitere Kandidaturen. Ich fürchte niemanden. Ich freue mich darauf. Es ist nicht meine Art, gegen jemanden zu politisieren oder zu polemisieren.

■ **Das Thema Frauenkandidatur spielte bei den letzten Bundesratswahlen eine grosse Rolle. Jetzt, da zwei Bundesrätinnen problemlos gewählt wurden, dürfte der Trumpf «Frauen-Kandidatur» kaum noch richtig stechen.**
Sie täuschen sich. Das Wahljahr 2019 wird nicht nur ein «Klima-Wahljahr» sein, sondern auch ein «Frauen-Wahljahr» – gerade beim Ständerat. Heute gibt es gerade 12 Prozent Frauen in diesem «Männer-Stöckli». Und nur eine einzige bisherige Ständerätin wird im Oktober zur Wiederwahl antreten. Das heisst: Alle Parteien sind aufgefordert, Frauenkandidaturen zu bevorzugen. Die Grünen werden am Schluss in sieben Kantonen profilierte Politikerinnen für den Ständerat aufstellen. Der Frauendachverband «alliance F», bei dem ich Co-Präsidentin bin, hat mit der Wahlkampagne #HelvetiaRuft alle Parteien aufgefordert, auf eine angemessene Geschlechtervertretung zu achten. Wir haben auch von bürgerlichen Parteien eine gute Resonanz darauf.

■ **Sie sprechen auch von einem «Klima-Wahljahr»? Soeben hat auch die FDP Schweiz dieses Thema entdeckt...**

Die FDP ist diesbezüglich nicht glaubwürdig. Ich sage nur: Taten statt Worte! Man kann den Klimaschutz nicht systematisch torpedieren und dann für die Wahlen das grüne Mäntelchen anziehen. Das haben wir im Wahlkampf 2011 bei Fukushima schon einmal erlebt. Kaum waren die Wahlen vorbei, haperte es mit konkreten Massnahmen. Die Grünen sind die Klima- und Umweltpartei, seit es sie gibt. Die Wählerinnen und Wähler können zwischen dem Original und der Kopie unterscheiden.

■ **Es sind nicht die Positionen der Grünen, welche die FDP über die Bücher gehen lassen, sondern die Jungen mit ihrem Klimastreik.**
Es ist für mich sehr ermutigend, was die jungen Menschen machen. Ich hoffe, dass daraus eine längerfristige Bewegung entsteht. Die Jungen von heute knüpfen an das an, was wir Anfang der 1980er-Jahre gemacht haben – wir haben gegen AKW, das Waldsterben und für mehr Umweltschutz demonstriert. Das wiederholt sich nun, weil unsere Generation bezüglich der drohenden Klimakrise nicht handelt. Wir haben noch 10 bis 15 Jahre Zeit, das Schlimmste zu verhindern. Wir müssen heute handeln.

■ **Was fordern Sie?**
Mit der Energiestrategie 2050 sind wir auf gutem Weg. Die Transformation zu einer Erdöl-unabhängigen Wirtschaft müssen wir ambitionierter vorantreiben: Wir brauchen verbindliche Inland-CO₂-Ziele, Gebäudesanierungsprogramme, wir brauchen eine Abgabe auf Flugtickets...

■ **...der Baselbieter Grünen-Präsident Bálint Csontos fordert sogar ein Verbot für innereuropäische Flüge.**
Fordern soll man es. Eine Diskussion darüber in ganz Europa ist wichtiger denn je. Fest steht

für mich, dass wir bei den Flügen keine Kostenwahrheit haben und dieser Meinung sind laut Umfragen auch immer mehr Menschen. Es kann ja nicht sein, dass man für 25 Franken nach London fliegen kann. Das ist nicht normal.

■ **Den Konsumenten stört das nicht.**
Bei all den Anstrengungen für mehr Klimaschutz, aber auch beim sonstigen rasanten Wandel in der Gesellschaft wie zum Beispiel der Digitalisierung, dürfen wir die Menschen nicht vergessen. Die Politik muss eine geordnete sozialverträgliche Transformation ermöglichen. Wie man es nicht machen sollte, hat die französische Regierung gezeigt: Klimataxen auf Alltagsprodukte erheben und gleichzeitig Steuererleichterungen für Reiche einführen. Wir müssen alle mitnehmen, der technologische Wandel geht schnell. Das heisst auch, dass wir noch mehr in die Berufsausbildung für mehr Fachkräfte, in Fort- und Weiterbildung investieren und in die Integration von Menschen, die es schwieriger haben.

■ **Und Verbote im Namen des Klimaschutzes?**
Ich bin für Gebote und sehe Verbote als eine von ganz vielen Massnahmen, um Ziele zu erreichen. Schauen Sie: Irgendwann wurden Autos ohne Katalysator verboten. Das Verbot war sinnvoll, stand aber am Ende eines längeren Prozesses. Wir werden das Verbot von Ölheizungen als Ziel festlegen müssen, denn freiwillig kommen wir leider nicht ans Ziel. Heute noch werden nach wie vor erschütternde 70 Prozent der bestehenden Ölheizungen mit neuen Ölheizungen ersetzt, obwohl es sauberere Technologien gibt.

■ **Ihr wahrscheinlicher Gegenkandidat Eric Nussbaumer gilt als EU-Turbo. Sie scheinen in dieser Frage recht zurückhaltend zu sein.**
Der Eindruck täuscht nicht. Ich bin sehr für die bilateralen Verträge und speziell auch für einen ausgebauten Arbeitnehmerschutz dank der flankierenden Massnahmen. Gute Zusammenarbeit mit Europa ja, unbedingt, denn wir sind eine Grenzregion, ein EU-Turbo war ich aber nie. Ein Beitritt ist sowieso kein Thema.

■ **Und Ihre Haltung zum umstrittenen Rahmenabkommen?**
Tendenziell bin ich für das Rahmenabkommen. Es ist für unsere Region sehr wichtig, ebenso aber die flankierenden Massnahmen, die unsere Arbeitnehmer und das Gewerbe schützen.

■ **Letzte Frage: Baselland hat das Ziel in der Verfassung, zum Vollkanton zu werden. Claude Janiak hatte einmal einen Anlauf dafür genommen, scheiterte aber. Stossen Sie nach?**
Wenn, dann nur im Gleichschritt mit Basel-Stadt und mit Unterstützung der anderen Nordwestschweizer Kantone. Nach der gescheiterten Spitalfusion haben wir nur schon mit der offenen zukünftigen regionalen Gesundheitsversorgung wichtigere Probleme. Ebenso gilt es das Herzstück Basel in Bern gemeinsam zum Erfolg zu bringen.

Anzeige

Am 31. März 2019 **In den Landrat** www.wk11.wahlen.svp-bl.ch

bisher

Markus Meier

bisher

Hans-Urs Spiess

bisher

Markus Graf

Adrian Schärer

Raphael Wiesner

Raoul Wyss

und in den Regierungsrat
THOMAS WEBER *bisher*
THOMAS DE COURTEN

Liste 3